

KLIMA KOMPAKT



US-Energieversorger stellt sich dem Problem Klimawandel

"Eigentor der US-Energiewirtschaft"

Forscher des Hadley Centre warnen vor Dürren durch Klimawandel

Ab 2100 ein Drittel der Erde für Landwirtschaft unbrauchbar?

Stellungnahme der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz zum globalen Klimawandel

Deutschland ist moralisch verpflichtet, Klimaschäden zu kompensieren

Gerichtsprozess wegen Klimaschäden durch Fahrzeugemissionen

Kalifornien klagt gegen Autohersteller

Europäischer Gewerkschaftsbund verlangt Emissionsreduzierung in EU um 75% bis 2050

Langfristige EU-Klimapolitikziele für Arbeitsplätze wichtig

Finanzsektor fordert politische Rahmensetzung und sieht Klimarisiken und -chancen

Stellungnahme von Investoren zum Klimawandel

Wissenschaftler der Royal Society melden sich zu Wort

Klimaskeptiker-Finanzierung durch Exxon in der Kritik

Dynamik in Nairobi?

Eine entscheidende Phase für den internationalen Klimaschutz hat begonnen (- deshalb diesmal ausnahmsweise eine Klima-Kompakt-Doppelausgabe). Die deutsche Regierung hat dabei eine Schlüsselrolle inne: Als gewichtigstes Mitglied der verhandlungsführenden EU-Troika wird sie beim jetzt beginnenden Klimagipfel in Nairobi stark die EU-Position prägen. Im Januar übernimmt sie dann sowohl die EU- als auch die G8-Präsidentschaft. In der EU werden in dieser Zeit die Eckpunkte für die internationale Post-2012-Klimastrategie und das Design des Emissionshandels nach 2012 festgeklopft. Es wäre der richtige Zeitpunkt, um Energieeffizienz zu einer zentralen Säule der EU-Energiepolitik zu machen. Dies würde auch ermöglichen, auf dem G8- (plus E5-)Gipfel in Deutschland das Thema Energieeffizienz - auch in den USA, China und Indien - voranzutreiben. Effizienz dient der Energie- und Klimasicherheit, und sie schafft Arbeitsplätze zuhause.

Ein erfolgreicher Klimagipfel in Nairobi sowie starke Klimaschutzakzente in der EU und G8 liefern die geeignete Hintergrunddynamik, um dann Ende des kommenden Jahres ein starkes internationales Mandat für die Post-2012-Verhandlungen zu erreichen. Erfolgreich ist Nairobi, wenn die Entwicklungsländer mit dem Gefühl heimfahren, dass "ihre" Themen wie neue Instrumente und neues Geld für die Anpassung an den Klimawandel, für verstärkten Waldschutz und Technologietransfer im Mandat des nächsten Jahres gut repräsentiert sein werden.

Christoph Bals

US-Energieversorger stellt sich dem Problem Klimawandel

"Eigentor der US-Energiewirtschaft"

David Crane, Vorstandsvorsitzender des US-amerikanischen Energieversorgers NRG, hat in einer Rede ein Plädoyer für klimafreundliche Rahmenbedingungen gehalten.

Germanwatch übersetzt Auszüge seiner Rede vom 26. September 2006.

"Als erstes möchte ich sagen: Ich glaube, dass wir nicht einfach über irgendeine geschäftliche Angelegenheit sprechen, wenn es um CO₂ und seine Auswirkungen auf die globale Erwärmung geht. Wir sprechen über die Art von geschäftlichen Angelegenheiten, zu denen es möglicherweise nur einmal im Jahrhundert kommt. (...) Wie das Scientific American berichtet, ist das CO₂-Problem die schwerwiegendste wissenschaftliche und technische Herausforderung, der sich die Menschheit jemals gegenüber sah.

Ich möchte klar machen, dass wir als NRG bei Fragen der CO₂-Politik zu denen gehören möchten, die mitreden dürfen, und ich möchte ihnen ebenso offen sagen, dass ich im Augenblick, trotz unserer besten Bemühungen als Unternehmen, pessimistisch bin, und dass mein Pessimismus durch meine extreme Bestürzung über die Position der Energiewirtschaft zum Thema CO₂ begründet wird. Während einige an die Zukunft denkende Vorstände von Energieversorgern Stellung zum Thema CO₂ genommen haben, kann die Sichtweise der Stromversorger im Allgemeinen - so wie sie vom Elektrizitätsverband vertreten wird - wie folgt beschrieben werden: „Kein CO₂ sehen, kein CO₂ hören und nicht über CO₂ sprechen.“ Genauer gesagt - für diejenigen von Ihnen, die es nicht wissen - ist die offizielle Sichtweise der Stromversorger, dass CO₂-Beschränkungen völlig freiwillig sein sollten.

Eine auf freiwilligen Beschränkungen basierende Position zu CO₂-Emissionen ist für mich unklug und letztlich ein Eigentor, weil sie sich

zunehmend von der sich schnell verfestigenden Position des amerikanischen Mainstreams zum Thema CO₂-Emissionen und globale Erwärmung entfernt. Noch ärgerlicher für die Bevölkerung ist der flammende Zynismus der Position der Energiewirtschaft - die lediglich auf freiwillige Begrenzungen setzt, in einer Zeit, in der die amerikanische Energiewirtschaft vorschlägt, für fast 100 Gigawatt neue Kohlekraftwerke zu bauen.

Man bemerke: Wenn alle herkömmlichen Kohlekraftwerke, die sich in den ganzen Vereinigten Staaten in Entwicklung befinden, fertiggestellt werden, verursachen sie zusätzlich 700 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Emissionen pro Jahr. Diese zusätzliche Menge entspricht der gesamten CO₂-Emission von Spanien und Frankreich zusammen.

Mein abschließender Punkt zu CO₂ für den heutigen Tag ist, dass mir in einigen Investoren-Sitzungen nahegelegt wurde, dass der NRG bei einer vorteilhaften Zertifikate-Verteilung etc. möglicherweise zusätzliche Gewinne quasi in den Schoß fallen könnten. Ich glaube, dass die Leute, die wirklich glauben, dass der Energiewirtschaft Gewinne mit CO₂ in den Schoß fallen werden, stark die Intelligenz und die Ziele von Amerikas Regulierern im Umweltbereich unterschätzen. (...)

Wir erwarten nicht, für das Emittieren von CO₂ ökonomisch belohnt zu werden. Aber von der CO₂-Regulierung der Zukunft erwarten wir, entweder direkt oder indirekt für die Verlagerung weg von Grundlast-Kohle, für die Erzeugung von emissionsfreier Windenergie, für das Abtrennen von CO₂ in Kohlevergasungsanlagen und für die Entwicklung und wirtschaftliche Umsetzung von CO₂-Abscheide-Technologien ökonomisch belohnt zu werden."

Quelle: www.cleanenergypartnership.org/news/article_detail.cfm?id=231

Forscher des Hadley Centre warnen vor Dürren durch Klimawandel

Ab 2100 ein Drittel der Erde für Landwirtschaft unbrauchbar?

Eine neue Studie des Hadley Centre in Großbritannien zeigt noch schlimmere Folgen eines ungebremsten Klimawandels auf, als bisher erwartet wurde. Die Studie enthält Unsicherheiten, so dass sie das Ausmaß der Dürren sowohl unter- als auch überschätzen könnte. Für eine Unterschätzung spricht, dass sie mögliche Effekte von Veränderungen auf den Kohlenstoffkreislauf, die durch die globale Erwärmung induziert werden, nicht mit einbezieht.

Germanwatch übersetzt Auszüge aus einem Bericht des Independent vom 4.10.06.

"Extreme Dürren, die Landwirtschaft unmöglich machen, werden auf ungefähr einem Drittel des Planeten auftreten, so eine Studie des Met Office's Hadley Centre for Climate Prediction and Research.

Es ist eine der bislang entsetzlichsten Prognosen über die möglichen Effekte von weltweit steigenden Temperaturen - dennoch kann es sogar eine Unterschätzung sein, wie die beteiligten Wissenschaftler gestern mitteilten.

Die Ergebnisse, die im Rahmen eines Klimaworkshops auf der Konferenz der Konservativen Partei in Bournemouth veröffentlicht wurden, verursachten erstaunte und erschrockene Reaktionen bei Hilfsorganisationen und Entwicklungs-Fachleuten, die befürchten, dass die armen Menschen in den Entwicklungsländern am schlimmsten betroffen sein werden.

'Das ist echt erschreckend,' sagte Andrew Pendleton von Christian Aid. 'Es ist ein Todesurteil für viele Millionen Menschen. Das bedeutet Migration in einem Ausmaß, das wir bislang nicht gesehen haben und mit dem arme Länder nicht fertig werden können.'

Einer der führenden Experten Großbritanniens zu Auswirkungen von Kli-

maänderungen auf Entwicklungsländer, Andrew Simms von der New Economics Foundation, sagte: 'Es gibt fast keinen Bereich des Lebens in den Entwicklungsländern, der durch diese Vorhersagen nicht untergraben wird - die Fähigkeit Nahrungsmittel anzubauen, die Fähigkeit ein sicheres Hygienesystem aufzubauen, die Verfügbarkeit von Wasser. Hunderte Millionen von Menschen, für die das tägliche Überleben bereits jetzt ein Kampf ist, wird dies in den Abgrund stürzen.'

Es ist das erste Mal, dass die Bedrohung erhöhter Dürre durch den Klimawandel mit einem Supercomputer-Klimamodell wie dem des Hadley Centre berechnet wurde.

Deren Auswirkungen werden wahrscheinlich sogar größer sein, da die Ergebnisse eine Unterschätzung darstellen könnten. Denn die Studie bezog mögliche Effekte von Veränderungen auf den Kohlenstoffkreislauf, die durch die globale Erwärmung induziert werden, nicht mit ein.

In einer unveröffentlichten Studie des Met Office, in der die Effekte des Kohlenstoffkreislaufs berücksichtigt werden, sind zukünftige Dürren sogar noch schlimmer.

Die Gültigkeit der Resultate ist auf globalem Niveau am besten, aber die klare Folgerung ist, dass in solchen Gebieten der Welt, die bereits durch Dürren angeschlagen sind, wie Afrika, die berechnete Zunahme die schwerwiegendsten Effekte haben wird.

Die Studie von Eleanor Burke und zwei Kollegen vom Hadley Centre modelliert anhand des Palmer Drought Severity Index (PDSI) die Wahrscheinlichkeit eines weltweiten Anstiegs von Dürren während dieses Jahrhunderts aufgrund von vorausgesagten weltweiten Änderungen in Niederschlag und Temperatur, die sich durch den globa-

len Klimawandel ergeben.

Das PDSI-Modell zeigt für gemäßigte Dürren, die auf derzeit 25 Prozent der weltweiten Erdoberfläche vorherrschen, einen Anstieg auf 50 Prozent bis 2100, für strenge Dürren einen Anstieg von derzeit ca. 8 auf 40 Prozent und für extreme Dürren einen Anstieg von 3 auf 30 Prozent der Erdoberfläche.

Erfahrene Wissenschaftler des Met Office sind vorsichtig mit der Studie, die durch das britische Umweltministerium (DEFRA) finanziert wurde. Sie betonen, die Studie enthalte Unsicherheiten: Es werde nur ein Klimamodell mit einbezogen, nur ein zukünftiges Szenario für Treibhausgasemissionen (ein mäßiges bis hohes) und nur ein Dürreindex.

Dennoch ist das Resultat nach Ansicht von Vicky Pope, der Leiterin des Klimaprogramms des Hadley Centers, 'signifikant'.

Sie kündigte an, dass jetzt weitere Arbeiten stattfinden werden mit dem Ziel, das potentielle Risiko der unterschiedlichen Dürre-Niveaus in verschiedenen Gebieten festzustellen. (...)

'Wir sprechen hier darüber, dass 30 Prozent der Erdoberfläche innerhalb weniger Jahrzehnte praktisch unbewohnbar wird, was die landwirtschaftliche Produktion betrifft', meinte Mark Lynas, Autor von High Tide, der ersten größeren Dokumentation über die sichtbaren Auswirkungen der globalen Erwärmung. 'In diesen Teilen der Erde werden sich hunderte Millionen Menschen nicht mehr selbst ernähren können.' (...)"

Quelle:

www.truthout.org/docs_2006/100406G.shtml

Stellungnahme der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz zum globalen Klimawandel

Deutschland ist moralisch verpflichtet, Klimaschäden zu kompensieren

Ende September hat Kardinal Karl Lehmann als Vorsitzender die Stellungnahme der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz zum globalen Klimawandel vorgestellt. Angesichts der bevorstehenden deutschen EU- und G8-Präsidentschaften begrüßte er die Ankündigung der Bundesregierung, den Klimawandel zu einem zentralen Thema zu machen.

Germanwatch bringt Auszüge aus der Zusammenfassung der Erklärung „Der Klimawandel – Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit“.

"Der globale Klimawandel ist die wohl umfassendste Bedrohung menschenwürdiger Existenz und der natürlichen Ökosysteme(...) Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind deshalb unaufschiebbare Aufgaben, zu denen auch die Kirche einen substantiellen Beitrag leisten kann(...)

Zum christlichen Zeugnis gehört nicht nur die ethische Reflexion, sondern ebenso der solidarische Einsatz für Gerechtigkeit durch die eigene Praxis des Klimaschutzes(...)

Die Lasten des Klimawandels sind sehr ungleich verteilt. Je ärmer und schwächer die Menschen, Regionen oder Länder sind, desto geringer sind ihre Möglichkeiten, den Folgen des Klimawandels auszuweichen, sich anzupassen, zu schützen, zu versichern oder entstandene reversible Schäden zu beheben(...)

Aufgrund dieser großen Ungleichheit zwischen Verursachern und Leidtragenden ist die menschengemachte Klimaänderung also ein grundlegendes Problem der weltweiten Gerechtigkeit. Weiter: Unser heutiger Mangel an Klimaschutz wird vor allem in der Zukunft

nachteilige Wirkungen entfalten. Dadurch wird die Gerechtigkeit zwischen den Generationen in Frage gestellt(...) Und schließlich beeinträchtigt der Klimawandel die Lebensräume von Fauna und Flora und verstößt damit gegen die Umweltgerechtigkeit.

Im Sinne der globalen, intergenerationellen und ökologischen Gerechtigkeit müssen die Akteure ihr Handeln an folgenden Grundsätzen orientieren: Das Verursacherprinzip gebietet, rückwirkend die Lasten für verursachte Schäden zu übernehmen sowie vorausschauend alle absehbaren Kosten für Mensch und Umwelt in die Preise einzubeziehen. Das Vorsorgeprinzip zielt auf die Minderung von Risiken und die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen, auch mit Blick auf die nachrückenden Generationen(...)

Gemäß den skizzierten ethischen Maßstäben müssen die Industrie-, Transformations- und Schwellenländer sowie die Reichen in den Entwicklungsländern ihrer eigenen Entwicklung auf der Basis fossiler Energieträger Grenzen setzen und die Hauptlast der weltweit notwendigen Maßnahmen übernehmen. Notwendig sind sowohl Strategien zur Minderung der Treibhausgas-Konzentrationen als auch Strategien zur Anpassung, um die negativen Folgen des Klimawandels für Menschen, Tiere und Pflanzen abzuschwächen. Minderung und Anpassung stehen dabei für zwei sich ergänzende, nicht für zwei alternative Maßnahmenbündel. (...)

Der aktive Einsatz für die Gerechtigkeit in ihren drei Dimensionen ist gefordert, vor allem aber eine Lastenübernahme nach dem Verursacherprinzip. Die bisherige Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Anpassung

an den Klimawandel ist unzureichend. Die Hauptverursacher, darunter Deutschland, müssen ihre Verpflichtung anerkennen, entstandene und noch eintretende Schäden zu kompensieren und ausreichende Gelder für Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen(...)

Unter den Christinnen und Christen gibt es ermutigende Beispiele für praktizierten Klimaschutz, auch wenn sicherlich noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind(...) Diese Initiativen bedürfen der Unterstützung, Förderung, Weiterführung, Bündelung und Nachahmung. Für eine ernsthafte Wahrnehmung der kirchlichen Klimaverantwortung ist ein Dreifaches unverzichtbar: (a) eine Verankerung der Schöpfungsverantwortung im Selbstverständnis der Kirche - in Diakonie, Verkündigung und Liturgie; (b) ein entschiedenes Eintreten für Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen sowie des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns zugunsten des Klimaschutzes, sowohl auf lokaler und regionaler wie auf nationaler, europäischer und globaler Ebene; (c) Ermutigung, Förderung und Durchführung praktischer Initiativen für klimafreundliches Handeln und eine Reduktion des Verbrauchs fossiler Energieträger."

Quelle: www.dbk.de/aktuell/meldungen/01182/print_de.html

Gerichtsprozess wegen Klimaschäden durch Fahrzeugemissionen

Kalifornien klagt gegen Autohersteller

Der Rechtsstreit zwischen dem Staat Kalifornien und der Automobilindustrie geht in eine neue Runde - diesmal jedoch in einem anderen Prozess. Seit rund zwei Jahren klagen bereits einige Autokonzerne, darunter auch BMW, Daimler-Chrysler, Porsche und Volkswagen, gegen die neuen Verbrauchsstandards des US-Bundesstaats. Nun klagt Kalifornien gegen sechs große Autohersteller wegen der Schäden, die dem Bundesstaat durch die CO₂-Emissionen der Fahrzeuge und dem dadurch verursachten Treibhauseffekt entstehen.

Germanwatch übersetzt die Pressemitteilung des kalifornischen Justizministeriums vom 20.9.06.

"(OAKLAND) - Justizminister Bill Lockyer reichte heute eine Klage gegen führende amerikanische und japanische Autohersteller ein, mit der Begründung, dass ihre Fahrzeuge erheblich zur globalen Erwärmung beigetragen haben und somit die Ressourcen, die Infrastruktur und die Umwelt von Kalifornien schädigen. Die gegenwärtigen und zukünftigen Effekte kosten den Bundesstaat einige Millionen Dollar.

'Die globale Erwärmung verursacht erhebliche Schäden in der Umwelt, der Wirtschaft, der Landwirtschaft und dem öffentlichen Gesundheitswesen Kaliforniens. Die Auswirkungen kosten bereits einige Millionen Dollar und die Kosten steigen,' sagte Lockyer. 'Fahrzeugemissionen sind die am schnellsten wachsende Quelle der CO₂-Emissionen, die zur globalen Erwärmung beitragen. Dennoch haben die Bundesregierung und die Autohersteller es abgelehnt zu handeln. Es ist Zeit, diese Firmen für ihren Beitrag zu dieser Krise verantwortlich zu machen.'

Eingereicht beim US-Bezirksgericht für den Nordbezirk von Kalifornien,

werden als Beklagte benannt: Chrysler Motors Corporation, General Motors Corporation, Ford Motor Company, Toyota Motor North America, Inc., Honda Nordamerika und Nissan Nordamerika. Es ist der erste Prozess, in dem versucht wird, Hersteller für den Schaden verantwortlich zu machen, der durch Treibhausgase verursacht wird, die durch ihre Produkte emittiert werden. Lockyer reichte die Klage im Namen der Bevölkerung von Kalifornien ein.

Die Anklage beruft sich darauf, dass nach Bundes- und Staaten-Zivilrecht die Autohersteller durch den Bau von 'Millionen Fahrzeugen, die zusammen enorme Mengen an Kohlendioxid emittieren,' einem Treibhausgas, das die Hitze in der Atmosphäre einfängt und somit die globale Erwärmung verursacht, ein öffentliches Ärgernis hervorgerufen haben.

Nach dem Gesetz ist ein 'öffentliches Ärgernis' ein unangemessener störender Eingriff in ein öffentliches Recht, oder eine Handlung, die das Leben, die Gesundheit oder das Eigentum stört oder schädigt.

Die Anklage bittet das Gericht, die Beklagten für den Schaden, einschließlich des zukünftigen Schadens, verursacht durch ihren fortwährenden, enormen Beitrag zur allgemeinen Beeinträchtigung der globalen Erwärmung, verantwortlich zu machen. (...)

Die Beklagten zählen der Anklage zufolge 'zu den weltweit größten Verursachern der globalen Erwärmung und deren negativen Effekten in Kalifornien.' (...)

Die heutige Anklage kommt zu einem Zeitpunkt, in dem Lockyer gegen den Versuch der Autoindustrie kämpft, das Inkrafttreten der wegweisenden kalifornischen Klimaschutzregulierung zur Reduzierung von Fahrzeugemissio-

nen zu verhindern. In ihrer Bundesgerichts-Klage behaupten die Automobilhersteller, Bundesrecht verhindere die Regelung, die durch den Gesetzgeber 2005 erlassen und vom Parlamentarier Fran Pavley gefördert wurde. Lockyer verteidigt die Gesetze gegen die rechtliche Anfechtung.

Lockyer merkte an, dass die Untätigkeit der Bush-Regierung im Bereich der globalen Erwärmung Kalifornien und andere Bundesstaaten dazu gezwungen hat, selbst Maßnahmen zu ergreifen.

Das Oberste Gericht der USA prüft derzeit eine Klage von Lockyer, 11 weiteren Justizministern, zwei Städten und führender Umweltorganisationen gegen die US-Umweltschutzbehörde (EPA) wegen deren Weigerung, Treibhausgasemissionen zu regulieren.

Zahlreiche Gruppierungen und Personen haben zur Unterstützung dieser Staaten beweisführende Petitionen eingereicht, darunter Klimawissenschaftler, drei ehemalige EPA-Mitarbeiter, die ehemalige Außenministerin Madeleine Albright sowie Umwelt- und religiöse Organisationen.

Anfang des Jahres reichte Lockyer, zusammen mit den Justizministern von neun anderen Bundesstaaten, dem District of Columbia und der Stadt New York zusätzlich eine Klage ein, die sich gegen die neuen Spritverbrauchsstandards für Geländewagen und kleine LKWs richtet.

Der Anklage zufolge werden mit diesen Standards die Auswirkungen auf Umwelt und Klimawandel ignoriert.(...)

'Wir sehen die schädlichen Auswirkungen der globalen Erwärmung schon heute und wenn wir weiter fortfahren wie bisher, können wir annehmen, dass wir zukünftig mehr und größere Folgen erleben werden,' sagte Lockyer. (...)"

Quelle:

<http://ag.ca.gov/newsalerts/release.php?id=1338>

Europäischer Gewerkschaftsbund verlangt Emissionsreduzierung in EU um 75% bis 2050

Langfristige EU-Klimapolitikziele für Arbeitsplätze wichtig

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), ein Zusammenschluss von 81 nationalen Gewerkschaftsverbänden und 12 europäischen Industrieverbänden, fordert in einer im Oktober verabschiedeten Resolution drastische und langfristige Reduktionsziele von der EU. Das Kyoto-Protokoll, so der Verband, der etwa 60 Millionen Mitglieder repräsentiert, müsse über 2012 hinaus gestärkt werden. Insbesondere die europäische Verkehrspolitik müsse umweltverträglicher werden. Damit bringt der EGB eine neue, gewichtige Stimme in die Klimapolitik ein und betont, dass Klimaschutz große wirtschaftliche Chancen eröffnet.

Germanwatch übersetzt leicht gekürzt die Pressemitteilung zum klimapolitischen Beschluss des EGB vom Oktober 2006.

"In einem am 18. Oktober angenommenen Beschluss des Vorstands des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETUC/EGB) wurde eine Verschärfung des Kyoto-Protokolls ab 2012 sowie die Eröffnung eines dreiteiligen europäischen sozialen Dialogs über Klimawandel verlangt.

Jetzt ist es an der Zeit für die Europäische Union (EU), die langfristigen Ziele der Klimapolitik festzulegen, um Investitionen in neue Technologien und in CO₂-arme Energiequellen zu garantieren und wirksamen Einfluss auf das persönliche Verhalten zu erzeugen.

Der EGB ersucht die europäische Kommission und ihre Mitgliedsstaaten, verbindliche Ziele für die Reduktion von Emissionen in der EU um ca. 25% bis 2020 und um ca. 75% bis 2050 zu vereinbaren, ohne die nächsten internationalen Verhandlungen zur Weiterführung des Kyoto-Protokolls abzuwarten.

Angesichts des Ausmaßes an erforderlichem Handeln betont der EGB,

dass es unerlässlich ist, die Arbeiter mit einzubeziehen. Die Höhe der Unterstützung für die notwendigen Maßnahmen hängt in hohem Maße davon ab, in wie weit die sozialen Auswirkungen - positive und negative - in Betracht gezogen werden und in einer fairen und ausgeglichenen Weise gehandhabt werden. Der EGB fordert, neue Informations- und Beratungsrechte zu Umweltangelegenheiten für die Arbeitnehmervertreter in den Unternehmen herauszugeben.

"Die Untersuchungen, die wir zur Zeit durchführen, bekräftigen, dass die Bewältigung des Klimawandels bedeutende positive Beschäftigungsmöglichkeiten bietet, welche ausgenutzt werden müssen. Andererseits müssen wir uns auch auf die sektorale Umstrukturierung einrichten, die mühsam werden könnte, wenn sie nicht richtig vorhergesehen und bewältigt wird", erklärte EGB-Geschäftsführer John Monks.

Infolgedessen verlangt der EGB, dass ein europäischer Rahmen für einen Dreierdialog über Klimawandel aufgestellt werden sollte, um die europäischen Tarifpartner und die relevanten Generaldirektorate der Kommission zusammen zu bringen. Das Ziel dieses Prozesses wäre vor allem, vor negativen sozialen Effekten zu warnen, insbesondere in Bezug auf Beschäftigung and Wettbewerbsfähigkeit, und sich die aus der Umsetzung von Klimapolitik entstehenden sozialen Vorteile zu nutzen zu machen

Zukünftige Klimapolitik muss die Belastungen gerechter auf die unterschiedlichen ökonomischen Sektoren verteilen. Nach dem EGB muss von den inländischen Sektoren (Transport, Dienstleistung, Wohnen), die sich weniger mit dem internationalen Wettbewerb auseinandersetzen müssen und zu den Hauptproduzenten von Treibhaus-

gasen zählen, ein größerer Beitrag kommen. Der Beschluss bringt ausführliche Empfehlungen für diesen Bereich hervor.

Insbesondere bedauert der EGB den Mangel an Bestreben von Seiten der EU hinsichtlich des Verkehrs. Er fordert eine koordinierte europäische Strategie zu umweltverträglichem Verkehr mit dem Ziel, den Verkehr weg von der Straße und aus der Luft in Richtung zu Transportmitteln zu verlagern, die weniger Treibhausgasemissionen verursachen, und die Entwicklung von koordinierten intermodalen Reisesystemen bei gleichzeitiger Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Beförderungssektor. Solch eine Strategie muss auch an der richtigen Stelle einen europäischen Tarifrahmen für den Gebrauch von Transportinfrastruktur setzen, um die externen sozialen und Klima-Kosten der verschiedenen Formen des Transportes zu erfassen. Zudem muss sie eine europäische Gesetzgebung verwirklichen, die die CO₂-Emissionen von neuen Fahrzeugen auf rund 120 g/km bis 2012 begrenzt."

Quelle: EGB-Pressemitteilung vom 23.10.06, www.etuc.org/a/2959

Die Resolution "Bewältigung des Klimawandels: Eine soziale Priorität - Wege für Handlungen" kann heruntergeladen werden unter: www.etuc.org/a/2964

Finanzsektor fordert politische Rahmensetzung und sieht Klimarisiken und -chancen

Stellungnahme von Investoren zum Klimawandel

Die Finanzbranche widmet sich in wachsender Intensität dem Thema Klimawandel. Einerseits sieht sie zunehmend die damit verbundenen geschäftlichen Risiken und Chancen. Andererseits verlangt sie von der Politik immer stärker eine angemessene Rahmensetzung.

Germanwatch übersetzt Auszüge der "Stellungnahme von Investoren zum Klimawandel" der IIGCC (Institutional Investors Group on Climate Change).

"Einleitung

Als institutionelle Investoren sind wir uns unserer Rolle als Besitzer großer Aktien- und Anleihenpakete vieler Firmen der Welt und als bedeutende Investoren in weiteren Wertanlagen wie etwa Immobilien bewusst. Wir erkennen die weitgehende wissenschaftliche Einigkeit darüber an, dass Treibhausgasemissionen durch menschliche Aktivitäten ein entscheidender Beitrag zum weltweiten Klimawandel sind. Darüberhinaus erkennen wir an, dass der Klimawandel wahrscheinlich tiefgreifende negative Auswirkungen auf die menschliche Gesellschaft, die globale Wirtschaft und die natürlichen Systeme der Erde haben wird. Der Klimawandel birgt eine Reihe von wesentlichen geschäftlichen Risiken und Chancen - für Investoren wie Unternehmen - auf welche Investoren reagieren müssen

Trotz der verbleibenden wissenschaftlichen Unsicherheit glauben wir, dass es angebracht ist, diesem Thema proaktiv zu begegnen und nun Maßnahmen zu ergreifen, die eine erhebliche Verringerungen der globalen Treibhausgasemissionen bewirken, in einem Zeitraum, der die Risiken von ernstesten Auswirkungen minimiert. Außerdem erkennen wir an, dass die Notwendigkeit besteht, die Gefahren zu bewerten, die mit den Änderungen verbunden sind, die sich bereits als Ergebnis bisheriger Treibhausgasemis-

sionen im Klimasystem aufgebaut haben, und sich diesen Änderungen wenn notwendig anzupassen.

Aus unserer Sicht sollten die Regierungen hier voranschreiten, indem sie einen Rahmen schaffen, der Unternehmen und Einzelpersonen Anreize und Investitionssicherheit bietet. Gleichzeitig erkennen wir an, dass Investoren eine entscheidende Rolle spielen, den Klimawandel anzugehen. Um am wirkungsvollsten zu sein, sollte unsere Reaktion international koordiniert und gemeinschaftlich getragen sein. (...)

1 Die Aufgaben der Investoren

Wir erkennen an, dass:

- Investitionsentscheidungen, die jetzt getroffen werden, einen bedeutenden Einfluss auf gegenwärtige und zukünftige globale Treibhausgasemissionen und folglich auf das weltweite Klima haben.
- Die Treibhausgase, die bereits in die Atmosphäre emittiert wurden, Umweltveränderungen zur Folge haben werden, und diese sich auf die Unternehmen und die Anlagewerte auswirken werden, in die wir investieren.
- Gegenwärtige Anlageforschung, Investitionsanalysen und -entscheidungen und das Handeln von Anteilseignern die Gefahren und Chancen, die durch den globalen Klimawandel entstehen, nicht ausreichend widerspiegeln.

Als Wertinhaber und Vermögensverwalter werden wir folglich:

- Unseren einzelnen und gemeinsamen Einfluss nutzen, um Regierungen dazu zu ermutigen, politische Richtlinien zu verabschieden, die Anreize zur Verringerung von Treibhausgasemissionen setzen, und um angemessene Reaktionen auf die physischen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels zu fördern.
- Unsere Kapazitäten entwickeln, um die Auswirkungen des Klimawandels

auf Investitionen zu bewerten.

- Anreize zur Forschung über die Gefahren und Chancen des Klimawandels und der Klimapolitik schaffen, die einen Mehrwert für unsere Investitionsentscheidungsprozesse bedeuten. (...)

Als Wertbesitzer werden wir: (...)

- Bei Einstellungen, Beurteilungen und Bezahlung unserer Vermögensverwalter die Berücksichtigung des Klimawandels mit einbeziehen.
- Unsere Gutachter und Berater anweisen, in ihren Empfehlungen an uns die Auswirkungen und Möglichkeiten des Klimawandels und der Klimapolitik zu berücksichtigen, und dabei insbesondere die Investitionsmöglichkeiten in saubere Energie.
Als Vermögensverwalter werden wir:
- Die Risiken und Chancen des Klimawandels in unsere Investitionsanalyse einbeziehen sowie einzeln und gemeinsam Instrumente zur Berechnung von kurzfristigen und langfristigen Gefahren und Chancen, welche durch den Klimawandel und die klimarelevante Politik ergeben, entwickeln.
- Unsere Kunden - die Kapitaleigner - dazu ermutigen, den Klimawandel bei ihrem Auftrag an Vermögensverwalter explizit zu berücksichtigen, und Investitions- und andere Kriterien zur Wertentwicklung anzuwenden, die geeignete Anreize für Investment-Manager schaffen, die Risiken und Chancen des Klimawandels in ihre Anlageforschung, Investitionsanalyse und -entscheidung und das Handeln der Aktionäre zu integrieren. (...)

Quelle: www.iigcc.org/docs/PDF/Public/IIGCC_InvestorStatementonClimateChange.pdf

Die vollständige deutsche Übersetzung (mit Empfehlungen an Unternehmen und Politik) finden Sie unter www.germanwatch.org/kliko/k45iigcc.htm

Wissenschaftler der Royal Society melden sich zu Wort

Klimaskeptiker-Finanzierung durch Exxon in der Kritik

Kaum ein seriöser Wissenschaftler stellt noch in Frage, dass der aktuell beobachtbare Klimawandel - zumindest zum überwiegenden Teil - durch den Menschen verursacht wird. Dies hindert jedoch Teile der fossilen Energiewirtschaft nicht am Versuch, weiterhin in der Öffentlichkeit Zweifel über diesen Sachverhalt zu säen. Der Ölmulti ExxonMobil gehört unter ihnen zu den prominentesten und aktivsten. Dagegen begehrt nun die britische Wissenschaftlervereinigung Royal Society auf, wie das Wissenschaftsmagazin Science berichtet.

Germanwatch übersetzt leicht gekürzt aus dem Englischen.

"Die weltweit älteste wissenschaftliche Gesellschaft hat das reichste Unternehmen der Welt wegen des Versuchs, die Öffentlichkeit im Bezug auf die globale Erwärmung in die Irre zu führen, angegriffen. In einem scharf verfassten Brief, der letzte Woche veröffentlicht wurde, kritisiert die 346 Jahre alte Royal Society den Öl-Riesen ExxonMobil für die finanzielle Unterstützung von 'Organisationen, die falsche Informationen über den Klimawandel in der Öffentlichkeit verbreiten' und für die Förderung einer 'ungenauen und irreführenden' Sichtweise: Es gebe Uneinigkeit unter den Wissenschaftlern über den Einfluss menschlicher Akti-

vitäten auf den Temperaturanstieg. ExxonMobil veröffentlichte eine Entgegnung, und einige Klimaskeptiker warfen der Royal Society vor, sie wolle Debatten unterdrücken.

Der Brief, der vom Leiter für politische Kommunikation der Royal Society, Bob Ward, mit Zustimmung der Geschäftsleitung verfasst wurde, wurde an den Direktor für Unternehmensangelegenheiten von ExxonMobil U.K. geschickt. Er klagt an, dass der Bericht über das gesellschaftliche Engagement des Unternehmens und die Strategie-Broschüre *Tomorrow's Energy* 'sehr irreführend' seien. In einer Passage lehnt der Konzern die Arbeit des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ab: Sie basiere auf Expertenmeinungen anstatt auf objektiven, reproduzierbaren statistischen Methoden. Die Berichte von ExxonMobil behaupten, es sei 'sehr schwierig, objektiv festzustellen, in welchem Umfang jüngste Klimaveränderungen das Resultat menschlichen Handels sein könnten.' Diese Aussagen, so die Royal Society, sind 'nicht übereinstimmend mit der wissenschaftlichen Literatur.'

Ward hinterfragt auch die Finanzierung von ExxonMobil zugunsten von Organisationen, die den Zusammenhang zwischen Kohlendioxid und Klimaänderung leugnen. Beispielsweise

erklärte er gegenüber Science, dass das Unternehmen im letzten Jahr \$25.000 an das 'Center for the Study of Carbon Dioxide and Global Change' in Tempe, Arizona, überwies. Auf ihrer Website behauptet dieses Zentrum: 'Es gibt keinen zwingenden Grund zu glauben, dass der Temperaturanstieg [seit der industriellen Revolution] durch den CO₂-Anstieg verursacht wurde.' Nach Ansicht der Royal Society gibt es 'etwa 39 Organisationen', die irreführende Informationen veröffentlichen und auf der Website von ExxonMobil als Geldempfänger aufgelistet sind. Nach Aussage von Ward sagten Firmenvertreter im Juli auf einem Treffen, dass sie die Beendigung der Unterstützung dieser Gruppen planen. Mit dem in diesem Monat geschriebenen Brief wolle er an der Sache dranbleiben.

ExxonMobil-Sprecher David Eglington erwiderte, dass die Royal Society den Konzern 'nicht zutreffend und unfair' dargestellt habe. In einer Stellungnahme der Firma heißt es: 'Wir wissen, dass CO₂-Emissionen einer der Faktoren sind, die zur Klimaänderung beitragen,' und 'ExxonMobil unternimmt Schritte, um ... Treibhausgasemissionen zu verringern und zu minimieren.' (...)"

Quelle: Science, 29.9.06, S. 1871

Redaktion

Alexander Krautz, Dr. Manfred Treber, Sven Harmeling (V.i.S.d.P.),
Christoph Bals, Dr. Gerold Kier, Dustin Neuneyer

Herausgeber

Germanwatch e.V.
Büro Bonn · Kaiserstr. 201 · D-53113 Bonn
Tel.: 0228 / 60 49 2-0, Fax -19
E-mail: info@germanwatch.org
Büro Berlin · Voßstraße 1 · D-10117 Berlin
Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1
E-mail: info@germanwatch.org

KlimaKompakt-Download und E-Mail-Abo:
www.germanwatch.org/kliko

Gefördert vom
Bundesministerium für
wirtschaftliche
Zusammenarbeit und
Entwicklung



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung